



## Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit  
Sprecher für den Atomausstieg der  
Fraktion DIE LINKE.

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Bundesminister  
Peter Altmaier  
Bundesministerium  
für Wirtschaft und Energie  
11019 Berlin

E-Mail: [poststelle@bmwi.bund.de](mailto:poststelle@bmwi.bund.de)

Berlin, 12.05.2021

Bezug:  
Anlagen:

### Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 3.806  
Telefon: +49 30 227-74332  
Fax: +49 30 227-76332  
[hubertus.zdebel@bundestag.de](mailto:hubertus.zdebel@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Münster:

Achtermannstr. 19  
48143 Münster  
Telefon: +49 251 4909246  
Fax: +49 251 4909352

### Bürgerbüro Mülheim:

Dickswall 14  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: +49 208 30594510  
Fax: +49 208 30594512

## Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (18. AtGÄndG) - Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton

Sehr geehrter Herr Minister,

aktuell befasst sich der Deutsche Bundestag mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (18. AtGÄndG) (Bundestagsdrucksache 19/28682) und der damit in Verbindung stehenden Unterrichtung der Bundesregierung "Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zahlung eines finanziellen Ausgleichs aufgrund des beschleunigten Atomausstiegs" (Bundestagsdrucksache 19/29015).

Im Gesetzentwurf sind Ausgleichszahlungen in Höhe von 2, 428 313 302 Milliarden Euro an verschiedene Energieversorgungsunternehmen für entwertete Investitionen in die Laufzeitverlängerung und unverwertbare Elektrizitätsmengen aufgrund des beschleunigten Atomausstiegs vorgesehen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird Bezug genommen auf eine Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton, die nach Mitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegeben wurde.

So heißt es im Gesetzentwurf: „Im Hinblick auf die finanziellen Grundlagen der vorgesehenen Ausgleichsleistungen liegt der Bundesregierung eine Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton



vor. Danach wurden die konzeptionelle Grundlage und die rechnerische Ableitung des Ausgleichsbetrages von 33,22 Euro je Megawattstunde nachvollzogen. Die Stellungnahme kommt zu der abschließenden Gesamtwürdigung, dass die Ableitung des Betrages einem objektivierenden und in sich konsistenten Bewertungskonzept folgt, die Werttreiber nachvollziehbar abgeleitet und plausibel sind und die Berechnung rechnerisch nachvollziehbar ist und zu einem für den Bewertungszweck angemessenen Ergebnis führt.“ (S. 19)

Um die finanziellen Grundlagen der vorgesehenen Ausgleichsleistungen plausibel nachvollziehen zu können, ist es aus meiner Sicht unumgänglich, diese Stellungnahme den Mitgliedern des Deutschen Bundestags zur Verfügung zu stellen.

Über eine kurzzeitige, positive Mitteilung Ihrerseits zu diesem Anliegen würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, reading "Hubertus Zdebel". The ink is black and the handwriting is fluid and personal.

Hubertus Zdebel